Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665. Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf • [Auswärts 15 Pf.] • Nr 588 DONNERSTAG, 8. DEZEMBER 1932 ABEND-AUSGABE

Abbau des Konflikts

Deutschnationale Störungsversuche — Amnestie als Gefahrenherd

Der Start des neuen Reichstages hat die Deutschnationalen schwer enttäuscht, die auf den Konflikt und das Kampfkabinett Hugenberg-Seldte lauern.

Die Keilerei zwischen den Nationalsozialisten und Kommunisten war ihnen höchst willkommen, und ihre Vertreter im Ältestenrat Dr. Oberfohren beeilte sich, die „Arbeitsunfähigkeit" des Reichstages festzustellen. Aber die Freude war verfrüht. Trotz dem häßlichen Intermezzo gingen die sachlichen Beratungen weiter.

Die Nationalsozialisten, so findet der Hugenbergkreis, machen sich „mit Riesenschritten republik- und demokratiefähig." Man höre schon so allerlei, was in Preußen vor sich geht, und daß auf dem Wege über Preußen auch eine Umbildung des Reichskabinettes eingeleitet werden solle. Vielleicht werde jetzt Gregor Strasser, „gezogen von Herrn Brüning und sanft vorwärts gestoßen von Herrn Breitscheid, auf parlamentarischem Wege in die Reichsregierung als Minister ohne Portefeuille", einziehen.

Von den Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum über die Neuwahl des Preußischen Ministerpräsidenten ist tatsächlich wieder viel die Rede und es geht das Gerücht, sie seien schon soweit vorgeschritten, daß man mit der Wahl Gregor Strassers nach dem Wiederzusammentritt des Preußischen Landtages rechnen könne. Theoretisch ist natürlich die Möglichkeit vorhanden, daß Nationalsozialisten und Zentrum in der nächsten Sitzung die geschäftsführende Preußische Regierung, die in Wirklichkeit kaum noch Geschäfte zu führen hat, durch eine andere ersetzen. Aber haben sich die praktischen Voraussetzungen in den letzten Tagen so wesentlich geändert?

Eine der Bedingungen, an die der Reichspräsident im November erst den Auftrag an Adolf Hitler knüpfte, war, daß der **Dualismus Reich und Preußen nicht wieder hergestellt werden dürfe.** Die Verordnung über die Einsetzung des Reichskommissars würde also nur zurückgezogen werden, wenn die Einheit der politischen Führung im Reich und in Preußen sichergestellt wäre, das heißt, der Preußische Ministerpräsident als Vizekanzler oder Minister ohne Portefeuille der Reichsregierung angehören würde. Das war das Angebot, das Hitler im August schroff abgelehnt hat.

Wenn das Zentrum jetzt die Wahl eines nationalsozialistischen Ministerpräsidenten ermöglichen würde, dann würde das eine Neubelebung des Konfliktes zwischen Reich und Preußen bedeuten, ohne die Aussicht, diesen Konflikt im Reich im Sinne einer schwarz-braunen Koalition beilegen zu können. Ein solch ungeschicktes übereiltes Vorgehen wäre schwer mit der vorsichtigen Taktik in Einklang zu bringen, die das Zentrum, gewitzigt durch die Wirkungen der im Sommer begangenen Fehler, diesmal eingeschlagen hat.

Der Anfangserfolg im Reichstag ermutigt — zur weiteren Vorsicht. Noch ist der Reichstag selbst in dieser mit Willen so kurz bemessenen ersten Tagung nicht über den Berg. Die dritte Lesung des Stellvertretungs-Gesetzes zwar wird keinen Schwierigkeiten begegnen. Die Deutschnationalen haben sich gestern mit so viel Ungeschicklichkeit dekouvriert, daß sie jene Begründung für die Notwendigkeit des Gesetzes gegeben haben, die sich die Nationalsozialisten ersparten, obgleich sie die Antragsteller sind.

Heute kann man es im „Völkischen Beobachter" lesen, es sei notwendig gewesen, die Frage der Stellvertretung Hindenburgs zu klären, da „das Ringen um das Kanzleramt von den Kreisen um Papen geführt worden sei im Hinblick darauf, daß bei Verhinderung oder Tod des Reichspräsidenten zunächst der Reichskanzler sein Nachfolger werde". Hier dem „wohlüberlegten konservativen Staatsstreichgedanken vorzubeugen" und ihnen alle denkbaren Widerstände entgegenzusetzen, sei Pflicht gewesen, damit der Bestand des Reichs nicht durch deutschnational-konservative Experimente gefährdet werde.

In diesen Sätzen wird bestätigt, was in der „Vossischen Zeitung" gestern über die Motive des nationalsozialistischen Antrages gesagt wurde. Einerseits sollte verhindert werden, daß ein Reichsverweser eingesetzt werde, andererseits sollten die Widerstände gegen eine Kanzlerschaft Hitlers verringert werden, weil nun nicht mehr die Gefahr besteht, daß Hitler eines Tages die Machtbefugnisse des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten in seiner Hand vereinigen könnte.

Wenn auch die Nationalsozialisten sich gestern bei der Beratung ihres Antrages gründlich ausschwiegen, waren ihre Beweggründe doch leicht zu erkennen. Nicht zu erwarten war, daß der deutschnationale Abgeordnete Abg. von Freytagh-Loringhoven so hemmungslos aus der Schule plaudern und vor aller Welt den Nachweis führen werde, daß jene Gerüchte über eine Reichsverweserschaft mehr waren als Gerüchte, daß der Plan der Verwirklichung nahe war.

Auch der Abstimmung über die sozialpolitischen Gesetzentwürfe und Anträge darf man ohne Sorge entgegensehen. Die Mehrheit wird kaum Beschlüsse fassen, die über die Aufhebung des Teiles II der Verordnung vom 4. September hinausgeht. Die weitergehenden Anträge werden dem Ausschuß überwiesen werden. Schwierigkeiten können sich nur durch die Amnestie-Anträge ergeben, weil Nationalsozialisten und Kommunisten die Gewährung der Straffreiheit ausgedehnt wissen wollen auf Verurteilungen, die wegen Verbrechens gegen das Leben und gegen das Sprengstoff-Gesetz erfolgt sind. Die Häufung von Amnestien ist an und für sich bedenklich, gar schon, wenn sie aus rein politischen Erwägungen beschlossen werden.

Eine Amnestie für Verbrechen gegen das Leben oder Sprengstoff-Attentate würde gradezu wie eine Herausforderung wirken, diese blutigen und gefährlichen Formen des politischen Kampfes wieder aufzunehmen, die unter der Wirkung des Antiterror-Gesetzes zwar nicht völlig aufge-

Begegnung Braun — Schleicher

Der preußische Ministerpräsident Braun hatte heute eine Besprechung mit dem Reichskanzler von Schleicher; sie stellt die erste Fühlungnahme nach dem Rücktritt des Reichskanzlers von Papen dar. Reichskanzler von Schleicher, als der neue Reichskommissar für das Land Preußen, hat die Aufgabe, die künftigen Beschlüsse zwischen der Hoheitsregierung Braun und der Regierung der Reichskommissare zu regeln.

Deutsche Antwort an Frankreich

Fünfer-Kommission soll die neue Abrüstungsformel prüfen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 8. DEZEMBER

Die Abrüstungsbesprechungen, die infolge der Abwesenheit MacDonalds und Herriots etwas ins Stocken geraten schienen, werden heute nachmittag voraussichtlich einen rascheren Schritt annehmen. Am Vormittag fand lediglich eine wenig mehr als halbstündige Besprechung zwischen den französischen und amerikanischen Delegierten über den nach französischer Ansicht gar nicht mehr existierenden Plan des Senators Davis statt, und um 11 Uhr begann die Fünferbesprechung.

Gleich zu Beginn wurde an den deutschen Außenminister von MacDonald die Frage gerichtet, ob er in der Lage sei, eine Antwort der deutschen Regierung auf den französischen Vorschlag einer Einigungsformel zu geben. Herr von Neurath erklärte, daß er die Antwort noch nicht in Händen habe, aber wahrscheinlich nachmittags würde überreichen können. Daraufhin wurde eine neue Fünfer-Besprechung auf nachmittags 5 Uhr angesetzt, die diesmal im Völkerbundshaus und nicht mehr im Hotel Beau Rivage bei MacDonald stattfinden wird.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird aber die deutsche Antwort kaum vollständig ablehnend sein, auch wenn sie den gegenwärtigen Wortlaut der Herriot-Formel, die wir mitgeteilt haben, nicht unmittelbar annehmen kann.

Die deutsche Regierung wird voraussichtlich zunächst einige Gegenfragen stellen müssen, um sich über die Tragweite der Formel wirklich klar zu werden. Zu diesem Zweck wiederholt sie ihren Vorschlag, eine Fünferkommission aus den fünf Regierungen zu bilden, um den französischen Vorschlag in seiner vollen Bedeutung und seiner Konsequenz aufzuklären.

Man nimmt an, daß die französische Regierung damit einverstanden sein wird, denn sie wünscht ja keinen Abbruch der Abrüstungskonferenz und sie hat sich noch gestern sehr scharf durch den Mund Paul-Boncours gegen die Absichten von Davis ausgesprochen. Es ist also zu vermuten, daß sie einen Vorschlag begrüßen wird, der eine genaue Klarstellung ihrer eigenen Formel bezweckt, durch die der Abrüstungskonferenz neues Leben eingehaucht werden soll.

Japan droht in Genf

Die Lytton-Debatte der außerordentlichen Völkerbundversammlung, die sich bisher in völliger Ruhe vollzog, hat heute zu einer scharfen Zuspitzung geführt. Während die Redner der Großmächte, der deutsche Reichsaußenminister, der französische Kriegsminister Paul-Boncour und der englische Außenminister Sir John Simon es mit großer Bedeutsamkeit vermieden, bei der Behandlung des mandschurischen Konflikts die agressive Rolle Japans herauszuarbeiten, haben sich die Kleinstaaten weniger Hemmungen auferlegt. Von der Tschechoslowakei, Spanien, Schweden und Irland ist der Völkerbundversammlung eine Entschließung vorgelegt worden, die mit vorsichtigen Formulierungen aber darum nicht weniger deutlich Japan als Angreifer hinstellt und zu dem Schluß kommt, daß die Anerkennung des gegenwärtigen Regierungssystems in der Mandschurei mit den bestehenden internationalen Verpflichtungen nicht vereinbar sei.

Zu dieser Entschließung ergriff heute in der Völkerbundsversammlung außerhalb der Rednerliste der japanische Delegierte Matsuoka das Wort. Er erklärte, daß der Text der Resolution offenbar in einem Geist der Anklage abgefaßt sei und sich seine Urheber vielleicht nicht überlegt hätten, welche schweren Folgen dieses Vorgehen für den Völkerbund haben könne. Matsuoka forderte die Zurückziehung der Entschließung oder eine sofortige Abstimmung, damit Japan die wirkliche Auffassung der Völkerbundsversammlung kennen lerne.

Pastor leitet Sprengstoffdiebstähle

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRESLAU, 8. DEZEMBER

Im Zusammenhang mit den umfangreichen nationalsozialistischen Sprengstoffdiebstählen in der Ziegelei Kynau bei Waldenburg ist heute der nationalsozialistische Pastor Fuchs aus Dittmannsdorf (Kreis Waldenburg) verhaftet worden. Mit ihm zusammen wurde ein Gastwirt aus Kynau und ein Mechaniker aus Schweidnitz festgenommen.

Pastor Fuchs wird als der eigentliche Anreger der Sprengstoffdiebstähle angesehen. Er ist der Oeffentlichkeit bekanntgeworden vor allem durch den Reichenbacher Attentatsprozeß vor dem Schweidnitzer Sondergericht. Dort spielte er als Zeuge eine recht seltsame Rolle, und das Gericht lehnte auch seine Vereidigung schließlich ab, da er dringend der Begünstigung der Reichenbacher Attentäter verdächtig sei. Ein Teil der gestohlenen Sprengstoffe ist jetzt in der bei Kynau gelegenen Schlesiertal-Sperre aufgefunden worden.

Vor einigen Tagen wurde im Zusammenhang mit der gleichen Angelegenheit der Besitzer des Rittergutes Kynau, Freiherr von Zedlitz und Neukirch gemeinsam mit seiner Hausdame und seinem Förster verhaftet. **Man hat jetzt in seinem Schloß ein größeres Waffenlager ausgehoben, bestehend aus Karabinern, Gewehren, Pistolen und mehreren Tausend Schuß Munition.** Der jugendliche Freiherr hatte den besonderen Ehrgeiz, in der nationalsozialistischen Bewegung eine führende Rolle zu spielen. Er ist der Sohn des verstorbenen ehemaligen Kommandeurs der Breslauer Kürassiere. Seine Mutter, Freifrau von Zedlitz, hat sich von dem Sohn schon vor längerer Zeit zurückgezogen und lebt jetzt in Berlin-Grunewald.